

Energiewende könnte Heizkosten treiben

Kabinett prüft CO₂-Zertifikatehandel für Brennstoffe

Tobias Bolsmann

Essen. Die Energiewende könnte die Heizkosten in die Höhe treiben. Die Bundesregierung denkt über die Einführung eines CO₂-Zertifikatehandels für Brennstoffe ab 2015 nach.

Wie aus Regierungskreisen verlautete, will das Kabinett im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung von Gebäuden prüfen lassen, welche Möglichkeiten es gibt, Kohlendioxid und Energie einzusparen, ohne den Bundeshaushalt zu belasten. Neben Abschreibungsmöglichkeiten sind für den Gebäudesektor für die Jahre 2012 bis 2014 im Etat 1,5 Milliarden Euro für das Gebäudesanierungsprogramm vorgesehen.

Eine denkbare Lösung: der Zertifikatehandel. Brennstoffhändler, die Heizöl, Gas oder Holzpellets verkaufen, bekämen Zertifikate für eine bestimmte Menge Kohlendioxid

kostenlos zugeteilt. Kommen sie damit nicht aus, müssen sie dafür zahlen – und die Mehrkosten an die Kunden weiterreichen. In Großbritannien und Italien gibt es diesen Mechanismus seit 2005. In Deutschland sind die Überlegungen erst in der Frühphase. Nach der Sommerpause sollen Experten aus dem Umwelt-, Wirtschafts-, Finanz- und Bauministerium über der Ausgestaltung der Details brüten.

Die Mineralölwirtschaft zeigt sich wenig begeistert von den Plänen der Regierung und warnt vor einer Kostenexplosion im Wärmemarkt schon im kommenden Winter. „Es gibt nachweisbare Effizienzsteigerungen von 25 Prozent im Bereich von Ölheizungen ganz ohne gesetzliche Maßnahmen“, sagte Sabine Link, Geschäftsführerin des Gesamtverbands des deutschen Brennstoff- und Mineralölhandels West, auf Anfrage dieser Zeitung.